

Schlechte Erfahrungen

Zu: „Flackernde Ampel“, FR-Politik vom 22. November

Seit einigen Tagen kursieren in den Medien Kabinettslisten der neuen Ampelkoalition. Hier verwundert und verwirrt mich besonders die Nennung von Michael Theurer (FDP, Volkswirt) als möglicher Gesundheitsminister. Gerade in der heutigen Krisen-Coronazeit sollte doch ein Fachmann, wie es Karl Lauterbach bekanntermaßen ist, dieses wichtige Ressort leiten. Haben wir mit Jens Spahn (CDU, Bankkaufmann) nicht schon genügend schlechte Erfahrungen gemacht?

Ursula Magney, Wiesbaden

Die FDP hat ihr Kernziel nur aufgeschoben

Die Ampelkoalition ist ein geschickter Schachzug der FDP. Die kleinste Koalitionspartei wird unnachgiebig marktradikal solange den größeren Koalitionären auf der Nase herumtanzen, bis die SPD und Grünen in der öffentlichen Wahrnehmung als Weicheier genügend diskreditiert sind und die CDU/CSU als Wunschpartner der Lindner-Partei wieder hoffähig geworden ist. Das Kernziel der FDP, massiver Steuernachlass für ihre Reichen-Klientel, ist damit nur aufgeschoben. Joachim Bohndorf, Bensheim

Diskussion: frblog.de/ampelkoalition

Lukaschenkos Druckmittel

Zu: „Zelte der Hoffnung am Ende der Welt“, FR-Politik vom 22.11.

Angesichts von Todesfällen im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen hat Wolfgang Schäuble völlig recht, wenn er eine schnelle humanitäre Lösung für die verzweifelten Menschen fordert. In dieser Ausnahmesituation sollte Deutschland diesen Menschen in einer humanitären Geste die Einreise gewähren. Betrachtet man die Tatsache, dass in den ersten zehn Monaten dieses Jahres bereits 150.332 Asylanträge in Deutschland gestellt wurden, dürften 4000 weitere Asylanträge kein ernstzunehmendes Problem darstellen. Auch wenn nach der Dublin-III-Verordnung derjenige Staat verpflichtet ist, das Asylverfahren durchzuführen, in dem die asylsuchende Person zum ersten Mal die EU-Grenzen überschreitet, sieht Artikel 17 ein Selbsteintrittsrecht vor, nach dem sich ein Dublin-Staat für ein Asylverfahren für zuständig erklären kann. Insofern könnte man in einer mit Polen konzertierten Aktion die Grenze zu Belarus öffnen und die rund 4000 Geflüchteten mit Bussen und Sonderzügen nach Deutschland bringen. Ein positiver Nebeneffekt dieser Geste wäre, dass Diktator Lukaschenko jegliches Druckmittel gegenüber der EU verliere. Thomas Tews, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/belarus-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211122

FR ERLEBEN

Jens Joachim diskutiert im Rahmen des Philosophisch-theologischen Salons über das Thema Bioökonomie: „Gelingt ein neues Verhältnis zur Natur als Nahrungsquelle für alle, ohne sie zu zerstören?“ Mit: Felix Prinz zu Löwenstein (Ökologisches Hofgut Habitzheim), Roland Lentz (Innovationscoach), Franz Grubauer (Ev. Stadtakademie). Weitere Info: ev-akademie-darmstadt.de.
Donnerstag, 25. November, 18.30 Uhr Pauluskirche, Niedergallweg 20, Darmstadt

Georg Leppert moderiert das FR-Stadtgespräch zur Veröffentlichung der „Frankfurter Tatorte“, dem neuen Heft in der Reihe „FR-Geschichte“. Auf dem Podium: Polizeihauptkommissarin Anja Lange, der frühere Richter Klaus Drescher und FR-Polizeireporter Oliver Teutsch. Es gelten die 2G-Regeln. Anmeldung: fr.de/anmeldung (Stichwort „Tatorte“). Live-stream: fr.de/eventvideo
Mittwoch, 1. Dezember, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Maskenpflicht strenger kontrollieren

Brauchen wir eine Impfpflicht? Zu: „Grenzen der Freiheit“, FR-Titel vom 23. November

Schnelltestpflicht für alle, und zwar sofort!

Es ist nicht mehr zum Anhören und Ansehen, die vielen unterschiedlichen Aussagen von Politikern und Medizinern, denen es immer nur darum geht: Impfen, impfen und nochmal impfen. Ist es denn nicht begreifbar, dass es nur eine deutschlandweit einheitliche Möglichkeit zur kurzzeitigen Eindämmung der Coronausbreitung gibt? Das ist eine 14-tägige Schnelltestpflicht für alle Bürger, Ungeimpfte, Geimpfte und auch Kinder unter zwölf Jahre. Diesem harmlosen Test kann und darf sich niemand verschließen. Mit dieser Methode werden kurzzeitig alle infizierten Bürger herausgefiltert und können einer Heilung zugeführt werden. Alfons Briza, Magdeburg

Druck auf Ungeimpfte wäre die beste Methode

Was unterscheidet die jetzige, sogenannte vierte Welle an Corona-Infektionen von der Situation vor einem Jahr? Richtig: Vor einem Jahr hatten wir (anfangs noch zögerliche) Kontaktbeschränkungen, die geholfen haben, Infektionsketten zu unterbrechen, und heute haben wir dafür Impfungen, die zumindest einen Großteil der Bevölkerung schützen. Wenn man zum Beispiel für Sachsen die Anzahl der täglichen Neuinfektionen bei Geimpften und bei Ungeimpften vergleicht, kommt man auf ein Verhältnis von etwa 60 zu 1800 – die Impfung verringert damit das Risiko einer Ansteckung um den Faktor 30.

Auf der anderen Seite sehen wir, was mit der Gruppe der Ungeimpften passiert, wenn keine Kontaktbeschränkungen wie die Reduzierung privater Treffen, Schließung von Veranstaltungen und Restaurants, Teilschließung von Schulen etc. mehr gelten:

Das Virus hat freie Bahn, und die Infektionen liegen um mindestens zehnmal höher als vor einem Jahr. Und dabei haben wir ja noch nicht einmal richtig Winter und den Höhepunkt der Infektionszahlen erreicht!

Man könnte damit zynisch sagen, dass die Bundes- und Landesregierungen einen großen Feldversuch mit Millionen von Beteiligten durchführen, um die Effektivität der verschiedenen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung quantitativ zu überprüfen und zu bestätigen. Das Problem ist nur, dass statistisch von 50.000 Neuinfizierten pro Tag etwa 500 Personen zwei Wochen später im Krankenhaus landen. Es ist nicht schwer auszurechnen, wann hier die Intensivstationen überlastet sein werden und ganz einfach Patienten sterben werden, die nicht mehr ausreichend behandelt werden können.

Jetzt verstärkt Druck auf Ungeimpfte auszuüben, um endlich die Impfquote zu erhöhen, ist langfristig die beste Maßnahme gegen die Pandemie – nur: Sie kommt zu spät, um eine notwendige rasche Senkung der Infektionszahlen zu erreichen. Das hätte im Sommer passieren müssen. Aktuell und kurzfristig helfen nur Kontakteinschränkungen auf allen Ebenen – wir werden uns also alle darauf einstellen müssen, wieder entdeckte Freiheiten hintenanzustellen.

Martin Gülzow, Langen

Was ist mit all denen, die auf Totimpfstoff warten?

Kontrollen im ÖPNV werden ab sofort stichprobenartig durchgeführt – aber was geschieht mit all den Impfwilligen, die verzweifelt auf den proteinbasierten Totimpfstoff Novavax warten? Diese Menschen wollen sich doch impfen lassen, ihre Gründe sind divers: Autoimmunkrankheiten, Allergien, schlechte Er-

fahrungen mit Impfstoffen, Ängste vor den neuen Impfstoffen etc. Das muss in dieser hitzigen Debatte berücksichtigt werden! Diese Menschen werden fälschlicherweise bestraft, werden jetzt wie Impfverweigerer in die Querdenkerekette gestellt, indem sie nicht mehr mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Arbeit fahren dürfen. Das ist total absurd und demütigend.

Wieso gibt es nicht Bahn-Anhänger oder kleine Busse für noch Ungeimpfte? Dann wären vielen Menschen geholfen, die zur Arbeit fahren müssen. Dieses Rumeiern der Politiker/innen ist so nervig, weil sie die Stimmung, die in unserer Stadtgesellschaft herrscht, nur noch verschlechtert. Ich bin mehrfach geimpft und habe mich bisher mit meiner FFP2-Maske überall sicher gefühlt – diese Masken werden auch auf den Intensivstationen getragen, und die Situation im öffentlichen Nahverkehr ist doch eine völlig andere. Die Maskenpflicht sollte allerdings viel strenger zum Schutz aller kontrolliert werden, auch unbedingt in den Innenstadtbereichen, wo viele Menschen sich dem entziehen. Das ist doch sehr viel wichtiger, anstatt in puren Aktionismus zu verfallen bei der Kontrolle von Impfpässen im ÖPNV.

Jutta Müller-Authorsen, Frankfurt

So flexibel kann die CDU sein

Die CDU jubelte, als ihr geschäftsführender Gesundheitsminister Spahn für Ende November das Ende der epidemischen Lage empfahl. Jetzt will die zukünftige Dreier-Koalition dies umsetzen, und da jault CDU-Fraktionschef Brinkhaus auf und nennt das „Realitätsverweigerung“. So flexibel kann die CDU sein. Fritz Brehm, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/impfangst

US-Faschisten jubeln über das Urteil

Kenosha: „Entsetzen über rassistischen Freispruch“, FR-Politik vom 22. November

Wäre Rittenhouse schwarz, gäbe es ein anderes Urteil

Der Freispruch in der Gerichtsverhandlung um die Tötung zweier Menschen bei Anti-Rassismus-Protesten in der US-Stadt Kenosha war angesichts des Prozessverlaufs zu erwarten. Ein offen rassistischer vorsitzender Richter verbot auf Antrag der Verteidigung, die Getöteten als Opfer oder mutmaßliche Opfer zu bezeichnen, weil dadurch die Geschworenen gegen den Angeklagten manipuliert würden. Zuvor hatten „Rechtsexperten“ erklärt, der Begriff „Opfer“ könne die Geschworenen hinsichtlich einer Festlegung, wem Unrecht geschehen sei, nachteilig beeinflussen.

Kyle Rittenhouses Verteidiger ermunterte der Richter im Gegenzug dazu, die Getöteten als Plünderer oder Brandstifter zu bezeichnen, sofern sie Beweise für entsprechendes Handeln lie-

feren. Der inzwischen 18-jährige Weiße wäre als Schwarzer hingegen bestimmt nicht straffrei geblieben. Siegfried Kowallek, Neuwied

Eine weitere Schande für die US-Justiz

Der Freispruch wirft ein Schlaglicht auf die Situation der US-Gesellschaft insbesondere im Bereich der üblen Verhältnisse, die Waffengewalt betreffen. In diesen Tagen ist es 58 Jahre her, dass am 22. November 1963 Präsident John F. Kennedy ermordet wurde. Bis heute hat es keine wesentlichen Verbesserungen im Waffenrecht der USA und bei der Einstellung vieler, insbesondere weißer US-Amerikaner gegeben.

Den Freispruch von Kyle Rittenhouse kann man mit Fug und Recht als erneute Schande für die US-Justiz bezeichnen. Er macht deutlich, dass Korrekturen am US-Waffenrecht eine ständige Aufgabe des liberalen Amerika

sind. Donald Trump jubelt über das Urteil und versucht so, erneut die Rechtskonservativen zu mobilisieren. Leider hat Trump das oberste Gericht mit Stockkonservativen besetzt, um so Reformen zu verunmöglichen. Das Urteil zeigt auch, wie notwendig die „Black-lives-matter“-Bewegung ist und dass sie von der US-Gesellschaft Unterstützung braucht. Leider sind Kongressabgeordnete der Demokraten rare gesät, die Mut und Haltung haben, auch gegen Wählerinnen und Wähler aufzustehen, die das Recht auf Waffenbesitz wie ein Mantra vor sich hertragen.

Faschisten in den USA jubeln über das Urteil zu dem Vorfall in Kenosha. Er zeigt, wie gespalten die US-Gesellschaft ist und dass viel, ja sehr viel Engagement im Bereich politischer und Herzensbildung notwendig ist, um den positiven Werten der USA auch in der Realität Geltung zu verschaffen. Manfred Kirsch, Neuwied